



Volker Mayer-Lay

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter des Wahlkreises Bodensee

Abgeordnetenbüro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: (0 30) 227 – 74 123
Fax: (0 30) 227 – 76 478
Volker.mayer-lay@bundestag.de

P R E S S E M I T T E I L U N G

Berlin, 16. März 2022

Mayer-Lay MdB positioniert sich klar in Impfdebatte

Volker Mayer Lay steht einer Impfpflicht, wie sie in dieser Woche im Deutschen Bundestag diskutiert und möglicherweise auch verabschiedet wird, kritisch gegenüber. „Ich habe bereits der Einführung der berufsbezogenen Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen Ende vergangenen Jahres nicht zugestimmt, sondern mich der Stimme enthalten“, so der Abgeordnete des Wahlkreises Bodensee. Zwar hätte er damals einem Großteil der, im Rahmen des Gesetzes zur Impfprävention, beschlossenen Maßnahmen zustimmen können, einer Impfpflicht jedoch – und das gilt unverändert bis heute – dagegen nicht. Damals wie heute waren umfassende Bedenken aus verschiedenen Bereichen hierfür ausschlaggebend, weshalb er den – nicht nur im Parlament – seit Monaten stattfindenden breiten Diskussionsprozess zum Thema Impfpflicht sehr wertvoll findet. Letztlich hat dieser nun zu den verschiedenen Entwürfen und Anträgen geführt, die in dieser Woche beraten werden.

„Ich persönlich fühle mich in meiner Meinung bestärkt, die Verhältnismäßigkeit einer Impfpflicht jedweder Ausprägung weiterhin kritisch zu sehen und habe zudem starke rechtliche und gesellschaftspolitische Bedenken diesbezüglich“, so Mayer-Lay weiter. Insbesondere der mögliche Beschluss einer prophylaktischen Impfpflicht überzeuge ihn nicht, gerade auch, da sich aktuell zeige, dass die Omikron-Variante des Corona-Virus allem Anschein nach deutlich weniger gefährlich ist, als ihre Vorgänger. Darüber hinaus sei schon jetzt absehbar, dass viele kritische Bürgerinnen und Bürger einer Impfpflicht ohnehin nicht Folge leisten würden. Daher stellt sich für Mayer-Lay die Frage, ob das Instrument der Impfpflicht überhaupt wirklich geeignet

ist, die angestrebten Ziele – insbesondere zur Vermeidung der Überlastung des Gesundheitssystems – zu erreichen. Hinzu kommen Bedenken hinsichtlich der Erforderlichkeit und Angemessenheit der Einführung einer Maßnahme wie einer generellen Impfpflicht als einem schweren Gesundheitseingriff. „Aus diesen Gründen kann ich einer Impfpflicht aus Verhältnismäßigkeitsgründen derzeit nicht zustimmen und werde diese ablehnen“, fasst der Bundestagsabgeordnete seine Haltung zusammen.

Er betont aber, dass er ergänzend hierzu, den Entwurf der Unions-Fraktion, der auf eine weiterhin nicht auszuschließende Bedrohung in der Zukunft durch ein erneut mutiertes und deutlich gefährlicheres Virus abzielt, für zielführend und ausgewogen hält. „Die Erfahrungen der letzten beiden Jahre haben uns klar gezeigt, dass wir als Land in der Lage sein sollten, adäquat und schnell zu reagieren, sollte sich die Lage nochmals dramatisieren“, so Mayer-Lay. „Der Antrag der Union zum „Impfmechanismus“, der nur in einem solchen Szenario greifen soll, ist daher für mich zustimmungsfähig.“

Sich selbst kann Mayer-Lay allerdings in dieser Woche an der Debatte bzw. der Abstimmung bedauerlicherweise nicht aktiv beteiligen, da er an Corona erkrankt ist.